

Stellungnahmen im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 87 Abs. 8 BbgBO

Postausgang der der Beteiligung sowie der Unterlagen: 04.02.2026

Abgabe der schriftlichen Stellungnahme bis zum: 20.03.2026

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Förmliche Beteiligung
		Stellungnahme vom
Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange		
1	Landesamt für Bauen und Verkehr, Lindenallee 51, 15366 Hoppegarten	11.02.2026
2	Landesbetrieb Forst Brandenburg, Forstamt Potsdam-Mittelmark, Waldfrieden 11, 14806 Belzig OT Dippmannsdorf	19.03.2026
3	Landesbetrieb Straßenwesen, Dienststätte Potsdam, Steinstraße 104-106, 14480 Potsdam	11.02.2026
4	Landkreis Potsdam-Mittelmark, Niemöllerstraße 1 in 14806 Bad Belzig Postfach 1138 in 14801 Bad Belzig	18.03.2026
5	Kreisstraßenbetrieb, Brücker Landstraße 22, 14806 Bad Belzig	04.02.2026
6	Evangelische Kirche, Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Georgenkirchstraße 69, 10249 Berlin	Keine Rückmeldung
7	BVVG Bodenverwertungs- u. –verwaltungs GmbH, Schönhauser Allee 120, 10437 Berlin	Keine Rückmeldung

**Hinweis:**

**Die Stellungnahmen sind als zusammengefasste PDF-Datei im RIS eingestellt.**

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Inhalt der Anregungen</b>	<b>Abwägungsvorschlag</b>
<b>1</b>	Landesamt für Bauen und Verkehr, Lindenallee 51, 15366 Hoppegarten  <b>Stellungnahme vom</b> Keine Einwände, Kein Abwägungsbelang	<i>Abwägung nicht erforderlich</i>
<b>2</b>	Landesbetrieb Forst Brandenburg, Forstamt Potsdam-Mittelmark, Waldfrieden 11, 14806 Belzig OT Dippmannsdorf  <b>Stellungnahme vom</b> <b>19.03.2026:</b> - enthält eine Nachforderung bezüglich des Antwortschreibens auf die 1. Vorläufige forstrechtliche Stellungnahme vom 09.01.2026	Die Beurteilung der Bebaubarkeit von Grundstücken erfolgt auf Grundlage des geltenden Baurechts, insbesondere nach dem Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Brandenburgischen Bauordnung (BbgBO). Im Rahmen des Bauantragsverfahrens wird geprüft, ob das Vorhaben diesen rechtlichen Vorgaben entspricht.  In diesem Zusammenhang wird auch die Planung der erforderlichen Stellplätze durch den Bauherrn beurteilt. Die Herstellung der Stellplätze muss ebenfalls den einschlägigen gesetzlichen sowie gegebenenfalls satzungsrechtlichen Bestimmungen entsprechen. Entspricht die Stellplatzplanung diesen Anforderungen nicht, kann dies zur Versagung der Baugenehmigung führen.  Es ist zudem festzuhalten, dass für die Errichtung von Stellplätzen grundsätzlich keine Waldgrundstücke oder anderweitig als nicht bebaubar festgesetzte Flächen in Anspruch genommen werden dürfen.
<b>3</b>	Landesbetrieb Straßenwesen, Dienststätte Potsdam, Steinstraße 104-106, 14480 Potsdam <b>Stellungnahme vom</b> Keine Hinweis, Keine Einwände	<i>Abwägung nicht erforderlich</i>

<b>4</b>	<p>Landkreis Potsdam-Mittelmark, Niemöllerstraße 1 in 14806 Bad Belzig                  Postfach 1138 in 14801 Bad Belzig</p> <p><b>Stellungnahme vom 18.03.2026:</b>                  Das Landeskabinett für Bauen hat am 16.12.2025 dem Entwurf der neuen Brandenburgischen Bauordnung zugestimmt. Hier sind auch Änderungen im § 49 (notwendige Stellplätze und notwendige Abstellplätze für Fahrräder) vorgesehen.                  Insofern sollte geprüft werden, dass die neue Stellplatzsatzung nach Beschluss und Veröffentlichung der neuen BbgBO keine diesem Gesetz entgegenstehenden Vorschriften enthält</p>	<p>Die Thematik ist der Amtsverwaltung bekannt und wird derzeit rechtlich geprüft. Ziel ist es, die Rechtswirksamkeit der Satzung sicherzustellen.</p> <p>Aktuell liegt lediglich ein Entwurf zur Änderung der Brandenburgischen Bauordnung vor. Dieser Entwurf wurde in den Ämtern und Gemeinden bereits vielfach diskutiert und kritisiert. Es ist derzeit offen, inwieweit der Entwurf noch überarbeitet wird und wann ein Beschluss erfolgt.</p> <p>Sollte die Stellplatzsatzung künftig Regelungen enthalten, die den rechtlichen Neuerungen der Brandenburgischen Bauordnung widersprechen, ist eine entsprechende Anpassung der Satzung erforderlich.</p>
<b>5</b>	<p>Kreisstraßenbetrieb, Brücker Landstraße 22, 14806 Bad Belzig</p> <p><b>Stellungnahme vom</b>                  Keine Einwände</p>	<p><i>Abwägung nicht erforderlich</i></p>
<b>6</b>	<p>Evangelische Kirche, Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Georgenkirchstraße 69, 10249 Berlin</p>	<p><i>Keine Stellungnahme abgegeben</i></p>
<b>7</b>	<p>BVVG Bodenverwertungs- u. -verwaltungs GmbH, Schönhauser Allee 120, 10437 Berlin</p>	<p><i>Keine Stellungnahme abgegeben</i></p>
<b>8</b>	<p>Bürger 1</p> <p><b>Stellungnahme vom 12.03.2026</b></p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>zum Satzungsentwurf der Gemeinde Borkheide über die Herstellung notwendiger Stellplätze sowie die Ablösung der Verpflichtung zur Herstellung notwendiger Stellplätze habe ich folgenden Einwand.</p>	<p>In der Stellplatzsatzung soll keine Festlegung zur Art und Weise der Stellplätze getroffen werden.</p> <p>Entscheidend ist, dass bei Vorliegen einer Satzung oder eines Bebauungsplanes die textlichen Festsetzungen eingehalten werden und die geforderte Anzahl an Stellplätzen gemäß Anlage 1 der Stellplatz- und Stellplatzablösesatzung eingehalten wird.</p>

	<p>Die Satzung verpflichtet zur Herstellung von Stellplätzen. Dies zieht den physischen Bau, also das Versiegeln von Flächen für Stellplätze nach sich.</p> <p>Es ist durchaus gelebte Praxis, dass PKW-Stellplätze auf Grundstücken einfache, unbefestigte Flächen sind.</p> <p>Aus der früheren Stellplatzsatzung des Landes Brandenburgs finden sich unter Rasenflächen von manchen Anwohnern noch diese Pflichtversiegelungsflächen. Dieser Fehler sollte nicht wiederholt werden.</p> <p>Kernanliegen der Gemeinde ist, dass ausreichend Abstellflächen für PKW in der nutzbaren GRZ des jeweiligen Grundstücks angerechnet werden müssen. Es ist nicht Anliegen der Gemeinde, diese Flächen zu pflastern.</p> <p>Hier sollte ein ergänzender Satz eingefügt werden. z.B. als §2 (5) „Maßgeblich für die Herstellung der Stellplätze ist die Kennzeichnung der Stellplätze auf dem Grundstück sowie in den Bauantragsunterlagen, nicht deren physische Beschaffenheit.“</p>	
--	--	--